



Bundesverband der deutschen
Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V.

Zur Verabschiedung eines Strategiepapiers der Bundesregierung zur Stärkung der SVI in Deutschland, erklärt der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, Georg Wilhelm Adamowitsch:

In der Koalitionsvereinbarung wurde festgeschrieben, dass Deutschland ein elementares Interesse an einer innovativen, leistungs- und wettbewerbsfähigen nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie hat. Daher begrüßt der BDSV, dass die Bundesregierung nun diese Absicht mit einem Strategiepapier erneut bestätigt hat. Mit Verwunderung haben wir zur Kenntnis genommen, dass das Strategiepapier der Bundesregierung sich – abweichend vom Koalitionsvertrag – zunächst ausschließlich auf die nationale Verteidigungsindustrie bezieht und die Unternehmen des Marktsegments „Sicherheit“ ausschließt. Aus unserer Sicht sind heute die Marktsegmente „Verteidigung“ und „Sicherheit“ untrennbar miteinander verbunden, daher halten wir diese Trennung für nicht zielführend.

Die deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie erwartet nun, dass insbesondere die Vorschläge für mehr Wettbewerb und Kooperation sowie zur Harmonisierung der Rüstungsexportkontrolle in Europa, der Erhalt von wichtigen Schlüsseltechnologien und Arbeitsplätzen in Deutschland mit konkreten Maßnahmen angestoßen werden. Allerdings sind die Kriterien, die zur Festlegung von nationalen Schlüsseltechnologien geführt haben, bislang unveröffentlicht geblieben.

Die Beratungen des Bundeshaushaltes 2016 werden zeigen, ob den politischen Festlegungen des Strategiepapiers auch die notwendigen haushalterischen Konsequenzen, z.B. im Bereich Forschung und Technologie folgen werden.

Die deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie begrüßt die Ankündigung des Bundesministeriums der Verteidigung, die Gespräche zur Agenda Rüstung fortzusetzen.

Hinsichtlich eines von der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie lange geforderten Dialoges mit der Bundesregierung zu den industrielpolitischen Konsequenzen einer sich verändernden außen- und sicherheitspolitischen Lage ist der Kabinettsbeschluss von heute eine erste Anregung.

Zudem hat der Europäische Rat im Juni 2015 entsprechende Beschlüsse hinsichtlich der Stärkung der europäischen Industriebasis für die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie getroffen. Die deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie erwartet von der Bundesregierung und der EU Kommission, dass alsbald Gespräche aufgenommen werden, in denen über die Umsetzung der politischen Vorstellungen gesprochen wird.

Berlin, 08.07.2015